

Deutsche Bank: Banker und Bankster

von: Fred Schmid, 15.03.2010

Die Angestellten der Deutschen Bank haben es gut. Im Krisenjahr 2009 erhöhten sich ihre Gehälter um 23,5 Prozent. Durchschnittlich verdiente jeder der 77.053 Beschäftigten – 2000 weniger als im Vorjahr – 147.000 Euro, davor waren es „nur“ 119.000 Euro. Wohlgermerkt, im Schnitt! Denn bei der Deutschen Bank gibt es zwei Spezies von Angestellten: Die „normalen“ Bankkaufleute, z.B. die Kundenberater am Schalter, mit einem Jahreseinkommen, das 40.000 Euro kaum übersteigt und sich 2009 vielleicht um etwa 2,5% erhöht hat. Und dann sind da noch die Bankster, die neben einem Festgehalt auch noch mit Bonuszahlungen entlohnt werden. Dazu gehören zum einen die Top-Manager bis hinauf zur Vorstandsebene, die im Jahr Hunderttausende bis zu Millionen verdienen. Deutschbank-Chef Josef Ackermann hat seine Bescheidenheit vom Banken-Krachjahr 2008, als er sich mit schlappen 1,3 Millionen Euro Vorstandsbezügen zufrieden gab, schnell wieder abgelegt und kassierte im Geschäftsjahr 2009 vermutlich, wie in alten Zeiten, wieder zehn Millionen Euro und mehr. Er werde nach diesem, für die Deutsche Bank so guten Jahr auf seinen persönlichen Bonus nicht verzichten und sich „nach Leistung“ bezahlen lassen, erklärte er auf der Bilanzpressekonferenz. Zahlenmäßig die größere Kategorie der Bankster sind die Investmentbanker.

Das Investmentbanking, entscheidend verantwortlich für die globale Finanzkrise, läuft heute weltweit und bei der Deutschen Bank wieder auf Hochtouren. Es brachte im abgelaufenen Geschäftsjahr zwei Drittel (67%) des Gewinns von 5,2 Milliarden Euro vor Steuern ein. Zu diesen Investment-Bankgeschäften gehören z.B. die Börseneinführung von AGs, die Beratung beim Kauf und Übernahme von Firmen (M&A), die Emission und der Handel mit Aktien und Wertpapieren und insbesondere das große Feld der spekulativen Finanzgeschäfte: Spekulation auf den verschiedenen Märkten, wie Devisenmarkt, Aktien-, Rohstoff-, Öl- und Nahrungsmittelbörsen. Und mit den verschiedenen Finanzprodukten, vor allem mit Finanz-Derivaten. Das Große Geld brachte im vergangenen Jahr die Emission und der Handel mit Staatsanleihen, infolge des hohen Kreditbedarfs der Staaten. Die Regierungen wiederum verschuldeten sich so hoch, weil sie zig und Hunderte Milliarden zur Rettung der Banken bereitstellten. Der Staat rettete also die Banken vor dem Kollaps und das Geld dafür musste er sich von den Banken besorgen, die über Zinsen und Provisionen kräftig daran profitieren. Die betreuende Investmentbank verdient dabei sogar dreifach: einmal bei der Emission der Anleihen, wenn sie diese auf den Markt bringt; ein weiteres Mal bei deren Verkauf und schließlich durch Zinsen und ggf. Kursgewinnen, wenn sie einen Teil der Staatsanleihen selbst im Portefeuille behält.

Die Investmentbanker wiederum, die all diese Geschäfte managen und dealen, kassieren – je nach Stellung in der Hierarchie und der Erfolgsquote ihrer Geschäfte – dicke Bonuszahlungen, die bei den Top-Leuten mehrere bis zig Millionen Euro ausmachen. Diese Bonuszahlungen werden zwar unter Personalkosten bilanziert, sind aber ihrem Charakter nach Gewinnbestandteile und verdeckte Gewinnausschüttungen, die ganz legal am Finanzamt vorbei gemogelt werden.

Lediglich der so gewinnbeteiligte Investmentbanker muss Einkommensteuer zahlen – falls er sich noch kein Bankkonto in der Schweiz zulegt hat. (Bei Dividenden werden die Gewinne erst über die AG (Körperschaftsteuer) versteuert und der Aktionär muss dann eine 25%ige Abgeltungsteuer bezahlen). Von den 11,3 Milliarden „Personalaufwand“ der Deutschen Bank im vergangenen Jahr, dürfte etwa die Hälfte auf Boni entfallen; d.h. der eigentliche Gewinn ist viel höher als der ausgewiesene Vorsteuer-Gewinn, gewissermaßen ein Vor-Boni-Gewinn. Treppenwitz der Geschichte: Auch noch auf andere Weise trug der Staat zum hohen Gewinn der Deutschen Bank bei. Die Bilanz verzeichnet 550 Millionen Euro „steuerlichen Sonderertrag“ – überwiesen vom Fiskus in Deutschland und den USA. U.a. deshalb ist der Gewinn nach Steuern lediglich um 200 Millionen Euro niedriger als der Vorsteuergewinn: 5,0 Mrd. zu 5,2 Mrd. Die Deutsche Bank zahlte also ganze 200 Millionen Euro an Gewinnsteuern – 3,8 Prozent.

Für Deutschbankier Ackermann war 2009 nur ein „Übergangsjahr“: aus der Krise kommend, sei man nun 2010 wieder in „normalen Zeiten angelangt“. Für die Profitziele 2010 bedeutet das eine Verdoppelung gegenüber 2009: 10,0 Milliarden Euro vor Steuern (Investmentbanking 6,4 Mrd.). Falls sich die Bilanzstruktur von Deutschlands größtem Geldhauses nicht gravierend ändert, hätte Ackermann dann auch sein Eigenkapital-Renditeziel von 25 Prozent vor Steuern übertroffen, denn in diesem Jahr betrug die Eigenkapitalrendite bereits 15 Prozent. Solche Gewinn- und Renditevorgaben werden ohne weiteren einschneidenden Personalabbau nicht zu schaffen sein. „Deutsche Bank – Leistung, die Leiden schafft“.

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

Obama – Jahr der geplatzten Hoffnungen

von: Conrad Schuhler, 15.02.2010

Die Euphorie, die Obamas Wahlsieg und Amtsantritt hervor riefen, war durchaus ein politisches Ereignis. Denn sie offenbarte, mit welcher Macht sich die Menschen nach einer anderen Politik sehnten, als sie Bush und der alte neokonservative Klüngel betrieben haben. Doch statt diese Massensehnsucht, die ihn ins Amt getragen hatte, zu nutzen und zu einer politischen Kraft zu formen, hat Obama vom ersten Tag an das Gegenteil versucht: nämlich den Geist von Demokratie und Wandel zurück in die Flasche zu stopfen, Begeisterung und Engagement der Obama-Bewegung zu dämpfen und auszulöschen. Dies ist ihm weithin gelungen. Naomi Klein, seit ihrem ersten Buch „No Logo“ eine der wichtigsten Sprecherinnen der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung, urteilt: Obama, ein Präsident, dem keine Gelegenheit zu groß ist, um sie nicht zu vermasseln. Die großen Präsidenten der USA hatten eine Volksbewegung hinter sich, die sie zu ihren Leistungen führte. Abraham Lincoln wäre ohne die gewaltige Bewegung gegen die Sklaverei – und auch nicht ohne die Macht der auf „freie Lohnarbeit“ angewiesenen Kapitalisten der Nordstaaten – nicht zum epochemachenden Sklavenbefreier geworden. Franklin Delano Roosevelt hätte seinen

New Deal niemals durchsetzen können ohne die Unterstützung der damals kraftvollen Gewerkschaften. Obama hatte eine solche, schon gewachsene gesellschaftliche Bewegung nicht hinter sich. Seiner auf die Linke angesetzten Propagandatruppe ist denn nun auch die Devise vorgegeben, der Präsident müsse „Kompromisse“ eingehen, weil die „Gegenseite“ über die stärkeren Truppen verfüge. Doch Obama selbst hat dafür gesorgt, dass sich seine viele Millionen zählende entschlossene Anhängerschaft nicht einbringen sollte in die politische Auseinandersetzung. Es fing schon mit der Auswahl seines Regierungsteams an. Statt Kräfte des vielbeschworenen „Wandels“ zu berufen, setzte Obama auf recycelte Typen der Clinton- und Bush-Ära. Zu seinem ersten Wirtschaftsberater machte er Lawrence Summers, der als Clintons Finanzminister die Deregulierung der Finanzmärkte federführend betrieben hatte. Zu seinem eigenen Finanzminister ernannte er Timothy Geithner, der bis dahin als Präsident der New York Federal Reserve die Verbindung zwischen Zentralbank und Wall Street organisiert hatte. Als Chef der Federal Reserve wurde Ben Bernanke bestätigt, der in der Nachfolge von Alan Greenspan die Finanzmärkte mit Billionen billigen Dollars für ihre Spekulationsgeschäfte versorgt hatte. Die Ergebnisse der „Bewältigung“ der Finanzkrise à la Obama sehen entsprechend aus. Die Finanzinstitute wurden mit Billionen-Aufwand an öffentlichen Geldern aus ihren Verlusten heraus geholt, die fünf größten Banken sind heute größer als vor einem Jahr, machen Spekulationsgeschäfte wie in alten Zeiten und zahlen Rekordboni an die Topmanager. Zum Jahresende strichen diese Führungskräfte der Wall Street 25 Milliarden Dollar ein. Ihre Wahlspenden für Obama haben sich gelohnt. Ebenso verheerend hat sich die Politik des von Obama ausgewählten Teams für Außen- und Sicherheitspolitik ausgewirkt. Als Außenministerin wählte Obama Hillary Clinton, die als Senatorin für den Angriff auf den Irak gestimmt hatte. Verteidigungsminister wurde Robert Gates, der dieses Amt schon unter Bush innehatte. Zum Nationalen Sicherheitsberater ernannte der neue Präsident James Jones, General der Marines, ehemals oberster Kommandeur der Nato und der militärischen Operationen gegen Irak und Afghanistan. Nach seiner Verabschiedung als Militär wurde Jones Mitglied in den Aufsichtsräten von Boeing und Chevron, zwei Säulen des Öl-Militär-Komplexes.

So sieht die Militärpolitik denn auch aus. Obama hat Bush als Kriegspräsident längst ausgestochen. Im Irak stehen mehr als 100.000 US-Soldaten, so viel wie im Februar 2004, kurz nach der „Eroberung“ des Irak. Vom Wahlversprechen des Präsidenten, die Truppen aus dem Irak abzuziehen, ist nichts übrig geblieben. Wenn es die Sicherheitslage erlaubt, so die Formel heute, dann bis Ende 2011. Verteidigungsminister Gates hat jüngst erklärt, er könne sich die US-Präsenz auch länger vorstellen.

Für Afghanistan hat Obama eine 30.000 Mann und Frau starke Aufstockung angeordnet. Schnell und kräftig bauen die USA ihr Militär, insbesondere die CIA-Missionen für verdeckte Operationen einschließlich gezielter Tötungsaktionen, in Pakistan auf. Die Vorbereitungen für einen Angriff auf den Iran werden intensiviert. Dabei ist Israel ein williger und willkommener Helfer. Zum chinesischen Präsidenten sagte Obama unlängst, die USA wären nicht mehr imstande, Israel davon abzuhalten, die iranischen Atomanlagen militärisch anzugreifen. Dass die USA Israel als Kriegskompagnon gegen den Iran und andere, eventuell widerständige arabische Länder brauchen, lässt die USA, lässt Obama ruhig zusehen, wie Israel Gaza blockiert und aushungert und seine Siedlungen weiter im arabischen Gebiet ausbaut. Nun

errichten die USA mit dem Jemen auch offiziell eine weitere Kriegsfront. Inoffiziell sind US-Kräfte dort schon länger tätig. Special Forces bewegen sich im Land, ohne die die USfreundliche Regierung gar nicht ihres Amtes walten könnte. Regelmäßig werden Raketen auf angebliche Qaida-Stellungen abgefeuert und Luftangriffe durchgeführt. Der Jemen liegt am Golf von Aden, die Zufahrt vom Indischen Meer in Richtung Afrika und über den Suezkanal nach den Ölländern des Mittleren Ostens. Gegenüber liegt Somalia, das auch regelmäßig mit Luftangriffen der USA bedacht wird. Obama erweist sich als präsidialer Vollstrecker der USStrategie der militärischen Kontrolle der globalen Ölproduktion und -transporte. Über Obamas entscheidenden Beitrag zum Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen und die Kastrierung der Gesundheitsreform, wo es jetzt doch keine staatliche Krankenversicherung geben soll, haben wir noch gar nicht gesprochen. Sie reihen sich ein in die lange Liste zum Thema „Jahr der geplatzten Hoffnungen“. Die Mehrzahl der Obama-Anhänger ist enttäuscht, aber hält noch zu ihm: „Es gibt doch keine Alternative“. Die Alternative wären sie selbst. Es rettet uns kein höheres Wesen, schon gar kein Obama. Das müssen wir schon selber tun. In den USA, wie bei uns, wird sich ohne den Aufbau starker gesellschaftlicher Bewegungen außerhalb der Parlamente in diesen nichts bewegen lassen.

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

Klimagipfel - ein Briefwechsel zwischen isw-Mitarbeiter Helmut Selinger und Bundeskanzlerin Merkel

von: Helmut Selinger, 15.01.2010

isw-Mitarbeiter Helmut Selinger führte über [das Internetportal direktzu.de](http://das-Internetportal-direktzu.de) folgenden Schriftwechsel mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, das im Auftrag der Bundeskanzlerin Dr Angela Merkel antwortete. Der im Briefwechsel angesprochene Budgetansatz des WBGU wurde vor dem Klimagipfel in Kopenhagen im Artikel [„Kann der UN-Weltklimagipfel in Kopenhagen die anthropogene Klimaveränderung stoppen?“](#) ausführlich beschrieben.

Von H. Selinger Dr. 5. Dezember 2009: Thema Umweltschutz | Klimagipfel Kopenhagen, CO2-Emissionen - Budgetansatz des WBGU

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

in Kopenhagen geht es m.E. darum, ein international gerechtes, einfaches und transparentes Vertragswerk zur effektiven Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen zu vereinbaren, um das 2 Grad Celsius Ziel noch zu erreichen. Dazu hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU, <https://www.wbgu.de/>) im Juli 2009 ein m.E. sehr gutes Sondergutachten veröffentlicht, das eine

einfache Berechnung erlaubt , welches CO2-Emissionsbudget jedem Staat auf der Erde zusteht (z.B. für den Zeitraum von 1990-2050) und was jedem Staat an Kosten oder Einnahmen nach dem Prinzip der Klimagerechtigkeit daraus erwachsen würde, wenn ein Preis pro t CO2 vereinbart werden würde. Ich möchte sie fragen, in wieweit die Bundesregierung diesen einfachen und für alle beteiligte Staaten gerechten sog. Budgetansatz selbst vertritt und bereit ist diesen effektiv in die Verhandlungen als Vorschlag einzubringen. Dieser Denkansatz könnte die Verhandlungen m.E. erheblich vereinfachen, da dies die Basis eines rationalen und nicht willkürlichen bzw. zufälligen Vertragswerkes bilden könnte. mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Selinger

*Antwort im Auftrag der Bundeskanzlerin am 21. Januar 2010: Thema Umweltschutz |
Re: Klimagipfel Kopenhagen, CO2-Emissionen – Budgetansatz des WBGU*

Sehr geehrter Herr Dr. Selinger,

vielen Dank für Ihre Zuschrift, die wir im Auftrag der Bundeskanzlerin beantworten. Die Bundesregierung hat den Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) 1992 als unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium eingerichtet. Seine Hauptaufgaben sind unter anderem, globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu analysieren, nationale und internationale Politiken zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zu beobachten und zu bewerten sowie das Bewusstsein für die Probleme des Globalen Wandels zu fördern. Die Bundesregierung sieht im Budgetansatz einen wichtigen Orientierungsrahmen – so auch der WBGU – für die Ausrichtung der internationalen Klimapolitik. Er macht die Bedeutung der kumulierten Emissionen deutlich. Und er zeigt, vor welchen Herausforderungen Industrieländer und Entwicklungsländer stehen.

Bis 2050 müssen insbesondere die Industriestaaten ihre CO2-Emissionen massiv reduzieren. Der Ansatz verdeutlicht, dass Emissionsbudgets gerecht auf alle Staaten bzw. Bürger dieser Welt verteilt werden müssen. Eine unmittelbare Anwendung der vorgeschlagenen Pro-Kopf-Verteilung würde aber zu massiven Umverteilungseffekten führen, die für die Industriestaaten kaum darstellbar sind. Dieser Ansatz würde die Verhandlungen, die nach Kopenhagen ja weiter laufen, erschweren. Realistischer ist das Ziel, langfristig und schrittweise eine Konvergenz der Pro-Kopf-Emissionen zu erreichen. Dazu müssen die Industriestaaten überdurchschnittliche Emissionsminderungen (in Bezug auf die globale Entwicklung der Treibhausgasemissionen) erzielen. Deutschland und die EU wollen ein internationales Klimaschutzabkommen, in dem anspruchsvolle CO2-Minderungen für die Industriestaaten und angemessene Beiträge der Schwellenländer festgelegt sind. Als nächster

Schritt auf diesem Weg legt die „Kopenhagen-Vereinbarung“ fest, dass die einzelnen Staaten bis Ende Januar 2010 konkrete Minderungsziele bzw. -maßnahmen melden. Auf Vorschlag der Bundeskanzlerin wird im Sommer eine Konferenz auf Ministerebene in Bonn stattfinden. Sie wird die nächste Klimakonferenz in Mexiko Ende 2010 vorbereiten. Mit freundlichen Grüßen

Ihr Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Kommentar von Helmut Selinger, 23.1.2010

Die Bundesregierung erkennt in Ihrer - nach einiger Bearbeitungszeit formulierten - Antwort immerhin an, dass der Budgetansatz „ein wichtiger Orientierungsrahmen für die Ausrichtung der internationalen Klimapolitik“ ist und dass er „die Bedeutung der kumulierten Emissionen deutlich“ macht. Und sie räumt ein, dass „Emissionsbudgets gerecht auf alle Staaten bzw. Bürger dieser Welt verteilt werden müssen“. Aber dann kommt der entscheidende Satz der Ausflucht:

„Eine unmittelbare Anwendung der vorgeschlagenen Pro-Kopf-Verteilung würde aber zu massiven Umverteilungseffekten führen, die für die Industriestaaten kaum darstellbar sind.“ Im Geschäftsdeutsch heißt das, man weiß ganz genau, dass das eigentlich richtig und gerecht wäre und dass das für Deutschland und andere Industrieländer eine ganze Menge Geld (= „massive Umverteilungseffekte“) kosten würde, aber man will das nicht anerkennen, nicht propagieren und schon gar nichts Adäquates bezahlen...

meinem Beispiel (Annahme: der Preis für 1 t CO₂-Emission wird mit 40 \$ berechnet) würde das bedeuten, dass bei den derzeit bestehenden CO₂-Emissionen für Deutschland von ca. 0.9 Mrd t CO₂/a (für USA von ca. 6,1 Mrd t CO₂/a) das für Deutschland 36 Mrd.\$/a kosten würde, im Fall der USA sogar 244 Mrd.\$/a !! Bei USA z.B. kämen zusätzlich noch die Kosten der Klimaschuld von 1990 bis 2008 dazu, d.h. - auf mehrere Jahre verteilt - Kosten in Höhe von ca. 2.2 Billionen Dollar !! Die Weigerung, dies anzuerkennen, ist einer der wahren Gründe für das Scheitern von Kopenhagen. Die Meinung, dass „dieser Ansatz die Verhandlungen, die nach Kopenhagen ja weiter laufen, erschweren würde“, ist wohl nur richtig für die reichen Industrieländer, die zahlen müssten, sicher aber nicht für die weitaus überwiegende Mehrzahl (mehr als 160!) der Länder der Erde. Das Ziel, „langfristig und schrittweise eine Konvergenz der Pro-Kopf-Emissionen zu erreichen“, ist sicher ehrenwert und richtig, wenn auch noch der von der Wissenschaft geforderte Wert von 1t CO₂ pro Kopf und pro Jahr mit genannt werden würde. Aber dieses Ziel ist für 2050 anzustreben, weshalb es - ein Aufschub von 40 Jahren - in den Augen der Bundesregierung wohl „realistischer“ zu nennen wäre. Hier wird deutlich, wie das Thema Klimagerechtigkeit von der Bundesregierung behandelt wird, wenn es konkret werden sollte.

Die Antwort macht deutlich, dass die Klimabewegung national und international noch einiges tun muss, um die Klima-Konferenz, die im Sommer auf Ministerebene in Bonn stattfinden soll, und die nächste Klimakonferenz in Mexiko Ende 2010 auf der Basis

der alternativen Deklaration von Kopenhagen noch viel stärker unter öffentlichen Druck zu setzen. Die Internet-Adresse der alternativen „Declaration „System change – not climate change“ vom zivilgesellschaftlich-globalen Klimaforum in Kopenhagen (vom 19.12.2009) in deutsch: <https://www.isw-muenchen.de/download/erklaerung-klimaforum09.pdf> in englisch, spanisch und französisch: <https://www.klimaforum09.org/declaration>

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

Warum der Kapitalismus nicht am Ende ist, aber die Krise erst recht nicht

von: Conrad Schuhler, 18.08.2009

Thesen zur nächsten Zukunft im Kapitalismus

1. Die Faktoren der Krise

Das neoliberale Modell war die Antwort des Kapitals auf das „Versagen“ des Fordismus Ende der Sechziger Jahre. Die Profitraten des Kapitals sanken, was Schluss machte mit dem „Sozialstaat“ oder „Wohlfahrtsstaat“, wo die gestiegenen Ergebnisse sowohl für eine flotte Zunahme der Profite sorgten als auch für ein Wachsen des Einkommens der Beschäftigten. Um die Profitrate zu erhöhen, mussten die Betriebskosten, und das heißt vor allem die Arbeitskosten, gesenkt werden. Damit aber reduzierte man den Binnenmarkt, bisher das ganz überwiegende Nachfragefeld. Den Ausweg sah man darin, nun für den Weltmarkt zu produzieren. Das konnten natürlich nicht alle tun, die Überschüsse der einen mussten zu Defiziten woanders führen. Dieser „market of last resort“, Markt der letzten Instanz, waren die USA. Sie erzielten gewaltige Importüberschüsse, die sie sich von den Exportüberschussländern bezahlen ließen, d.h. sie verschuldeten sich bei diesen. Das ganze neoliberale System war aufgebaut auf dem Prinzip „globaler Ungleichgewichte“ und der wachsenden Verschuldung der USA. Die effektive Nachfrage in den USA wurde in erster Linie von den Konsumenten gespeist, die ihre Kaufkraft nicht aus ihren Entgelten bezogen, sondern aus Krediten. Als diese Verschuldungskette an ihrem schwächsten Glied, den minderwertigen Hypotheken, riss, kam es zum Einsturz des gesamten Systems. Es ging nicht nur um diese Hypothekenkredite, das ganze System basierte auf so genannten „verbrieften Versicherungen“ (Credit Default Swaps). Die Kredite selbst wurden als Wertpapiere verkauft, mit einer Ausfallversicherung. Die US-Versicherung AIG hat allein Bankkredite und Anleihen im Wert von 62 Billionen \$ versichert, ohne den Gegenwert für den Versicherungsfall auch nur entfernt aufbieten zu können. Ein ausgeklügeltes Betrugssystem, dem die Führer von Politik und Wirtschaft über Jahrzehnte das Wort redeten. Der „Spiegel“, kein linkes Organ, sagt dazu: Die Grenzen zwischen globalem Kapitalismus und Organisierter Kriminalität waren fließend.

2. Ist dieser Kapitalismus nun am Ende?

Er ist keineswegs am Ende. Vielmehr versucht er, die tiefgehende Rezession mit Hilfe des Staates zu einer Sanierung grundlegender Krisenpotentiale zu nutzen. Zwei Verfahren stehen im Vordergrund. Zum einen wälzt er seine gewaltigen Schulden und Verluste auf die öffentlichen Hände ab und zapft, nachdem die privaten Schuldner ausgepresst sind, nun den größten aller Töpfe an, nämlich die Steuerzahler. Zum anderen beseitigt er auf Kosten dieser Steuerzahler einen Teil der Überakkumulation, der im Verhältnis zur schwachen Nachfrage zu großen Kapazitäten. Die Gesellschaft bezahlt die „Schrumpfung“ im Industrie- und Finanzsektor und darf sie dann ein zweites Mal per Massenentlassungen und Lohnreduzierung bezahlen.

Durch die gewaltige öffentliche Verschuldung werden Geldmengen in den ökonomischen Kreislauf gepumpt, die jetzt schon wieder die Spekulation hoch treiben. Das Casino ist wieder eröffnet. Die Blase schwillt und ihr Platzen wird lauter sein als alles, was wir bis jetzt gehört haben.

3. „Hurra, die Krise ist vorbei“ oder wird die Krise doch länger dauern?

Bundesregierung und Medien mühen sich, die Krise aus der Welt zu reden. Im zweiten Quartal 2009, meldet das Statistische Bundesamt, sei die Wirtschaft um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die Talfahrt, so das Motto aus Berlin sei gestoppt. Schaut man genauer hin, sieht man, dass die Wirtschaft gegenüber dem Vorjahresquartal (was der korrekte Vergleich ist, nicht der mit dem jeweiligen Vorquartal) um 7,1 % gesunken ist. Im ersten Vierteljahr 2009 betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal noch 6,4 %. In Wahrheit ist die Wirtschaft also nach wie vor im steilen Sinkflug, und der Steilheitsgrad hat sich gegenüber dem ersten Quartal 2009 sogar noch verschärft. Wenn die Wirtschaft weiter so „gesundet“, wie von der Berliner Politik jetzt gebetet wird, dann erlebt Deutschland 2009 einen Wirtschaftsrückgang, der eher bei 8 % als bei den von der Regierung offiziell verkündeten 6 % liegt. Und diese Krise wird länger dauern, dafür sprechen alle prognosebestimmenden Faktoren.

1. Bei einer Erwerbsbevölkerung von rund 40 Millionen entspricht ein Wirtschaftsrückgang von 7 % rund 2,8 Millionen Beschäftigten, die nun „zu viel“ sind. Schon heute arbeiten 1,2 Millionen Menschen in Kurzarbeit, die spätestens im nächsten Jahr auslaufen und für die meisten nicht in die Aufnahme ihrer alten Tätigkeit, sondern in die Arbeitslosigkeit führen wird. Ein Drittel aller deutschen Industriefirmen plant im nächsten Jahr Entlassungen. Wachsende Massenarbeitslosigkeit und damit einhergehender Druck auf Löhne und Gehälter wird den privaten Verbrauch drosseln, der im letzten Quartal noch einen „positiven Impuls“ auslöste.
2. Wir haben es keineswegs nur mit einer Liquiditätskrise („Finanzklemme“) zu tun, sondern mit einer tiefen Solvenzkrise. Im 1. Halbjahr 2009 haben 16.650 Firmen in Deutschland Insolvenz angemeldet, jedes fünfte Unternehmen, v.a. Kleinfirmen, ist davon bedroht. Die Fremdkapitalpositionen, die Kredite der Banken sind hochgefährdet. Die Banken werden weniger Kredite ausgeben, die Firmen weniger Investitionen tätigen.
3. In den Leistungsbilanzdefizitländern müssen die Verbraucher ihre Ausgaben

verringern und mehr sparen. Sie haben an Vermögen eingebüßt, ihre Schuldendienstquoten steigen. Die Beschäftigungszahlen gehen zurück, ein geringerer Teil der geringer gewordenen Einkommen wird für den Konsum ausgegeben. In den USA ist die Sparquote von fast Null auf 7 % gestiegen.

4. Das gesamte Finanzsystem ist erheblich unterfinanziert. Auch wenn der Staat die Verluste sozialisiert hat und weiter auf die Gesellschaft abwälzt, so kommen die Banken nicht um eine Erhöhung ihrer Eigenkapitalquoten herum. Dies wird zu einer weiteren Kreditverknappung führen.
5. Die Kapazitätsauslastung ist - u.a. in Deutschland und den USA - auf unter 75 % gesunken. Die Ertragskraft der Firmen ist schwächer geworden, die Marktaussichten ungewiss bis schlecht. Die Investitionen und mit ihnen die Zahl der Beschäftigten gehen zurück, an Neuinvestitionen ist für die meisten Firmen auf absehbare Zeit nicht zu denken.
6. Die Staatsverschuldung steigt rasant. Allein der Bund hat Schulden in Höhe von 1 Billion Euro. Bei einer Verzinsung von 5 % bedeutet dies jährlich eine Zinslast von 50 Milliarden Euro. Für den Staat ergibt sich der „Sachzwang“, höhere Steuern zu erheben und soziale Ausgaben und öffentliche Investitionen zu kürzen. Die Zahlungen an die Geldvermögensbesitzer steigen, im selben Maß gehen private und öffentliche Nachfrage zurück.
7. Einige Schwellen- und Entwicklungsländer werden von der Krise hart getroffen. Die Kosten für externe Kredite haben sich 2009 auf 11,7 % erhöht, was den Vorkrisen-Zins verdoppelt. Dies wird zu Kreditausfällen und zu einem Rückgang der globalen Nachfrage führen.
8. Die globale Nachfrage wird auch im Zuge der Rückführung der globalen Ungleichgewichte zurückgehen. Die Defizitländer müssen ihre Importe drosseln. Eine entscheidende Frage wird sein, wie schnell die bisherigen Überschussländer ihre Binnenmärkte ausdehnen können, um die Exporteinbrüche auszugleichen. In Deutschland führen Massenarbeitslosigkeit und Überschuldung der öffentlichen Hände eher zu einer Einschränkung des Binnenmarktes.

Fazit: Die Krise bleibt schwer, auch mittelfristig existieren nur wenig Wachstumsimpulse selbst wenn die Krise ihren Boden erreicht hat, ist nicht mit einer schnellen Erholung, sondern mit einer längeren Periode der Stagnation zu rechnen. Ökonomen lieben Buchstaben zur Illustration ihrer Prognosen. Ein U steht für einen Konjunkturverlauf, die sich langsam abflacht und schließlich langsam wieder nach oben zieht. Ein V sagt einen schnellen Absturz mit schneller Erholung an. Für Deutschlands nächste Zukunft gilt ein L: ein steiler Sturz mit einer nachfolgenden langen Stagnation.

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

Die Bundesregierung ist Mitverursacher der schwersten

Wirtschaftskrise seit Bestehen des Landes.

von: Conrad Schuhler, 16.06.2009

Die Amtszeit der Großen Koalition wird gerahmt von zwei höchst unterschiedlichen wirtschaftlichen Zuständen. Sie trat ihr Amt an in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Für diesen Konjunkturaufschwung konnte die CDU/CSU-SPD-Regierung nichts. Ihr Amtsantritt fiel in die Anfangsphase eines Investitionszyklus, der in den nächsten Jahren für ständiges Wachstum sorgte. Von 2006 bis 2009 stieg die Wirtschaftsleistung um fast sieben Prozent. (Zu den Zahlen siehe, wenn nichts anderes angegeben, die Einzelkapitel dieses Heftes (isw-wirtschaftsinfo 42) ab Seite 11 sowie Memorandum 2009 - Von der Krise in den Absturz? - www.memo.uni-bremen.de) In ihrer Weihnachtsbotschaft 2007 behauptete Kanzlerin Merkel: „Der Aufschwung kommt jetzt auch bei den kleinen Leuten an.“ Ein Jahr später formulierte sie in ihrer Neujahrsansprache: „Finanzielle Exzesse ohne soziales Verantwortungsbewusstsein ..., das hat die Welt in die Krise geführt. Die Welt hat über ihre Verhältnisse gelebt.“ (FAZ, 31.12.2008) Von beidem konnte keine Rede sein. Weder war der Aufschwung je bei den „kleinen Leuten“ angekommen, noch hat „die Welt“ über ihre Verhältnisse gelebt. Der Reichtumszuwachs sammelte sich bei den Reichen an, die kleinen Leute waren und sind ärmer als zuvor.

Im Jahr 2007 ging der private Konsum um 0,4 % zurück. Grund war die miserable Einkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten. Ihr Einkommen lag 2007 real brutto wie netto unter dem Niveau von 1995. Dagegen waren die Gewinn- und Vermögenseinkommen in diesem Zeitraum um 30,6 % gestiegen. Auf das reichste Zehntel entfielen allein 61,1 % des gesamten Nettovermögens deutscher Haushalte. Auf das reichste Hundertstel 23 %. Die untere Hälfte konnte überhaupt kein Vermögen aufweisen. Das ärmste Zehntel der Haushalte war um 40 % höher verschuldet als fünf Jahre zuvor.

Selbst in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs hatten 87 % der Bevölkerung eine Minderung ihres Lebensstandards zu verzeichnen. Konnte die Regierung für den Aufschwung selbst nichts, so sorgte sie mit ihrer Steuer- und Arbeitsmarktpolitik dafür, dass der Wohlstandszuwachs allein der Oberschicht von reichen Geldvermögensbesitzern, Managern und Spitzenverdienern zugute kam. Für die jüngste Phase, den katastrophalen Absturz der Wirtschaft seit Herbst 2008, ist die Regierung in großem Maß mitverantwortlich. Intensiv hat sie alle Instrumente des Neoliberalismus - von der Deregulierung der Finanzmärkte über die Aushöhlung des Binnenmarktes bis zur Forcierung der Exportüberschüsse - eingesetzt und ständig weiter verschärft. Alle Faktoren, die zum großen Knall im Finanzsektor und der anschließenden größten Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren führten, wurden von der Bundesregierung „optimiert“.

Sie hat zu keinem Zeitpunkt die Gefahr dieser ihrer Politik erkannt, bis auf den heutigen Tag nicht. So hat sie noch im Herbst 2008 die Existenz einer Wirtschaftskrise überhaupt geleugnet und behauptet, die Finanzkrise sei im wesentlichen ein Problem der USA und im übrigen habe man sie im Griff. Kurz danach brachen mit dem Fall von Lehman Brothers alle Dämme. Noch im Herbst 2008 ging die Bundesregierung wie auch die berüchtigten „führenden Wirtschaftsinstitute“ von

einem positiven Wachstum der BRD-Wirtschaft 2009 aus. Im Januar 2009 korrigierte sich die Regierung und verkündete als Prognose ein Schrumpfen von 2,25 %. Im April musste sie wie die besagten Institute ein voraussichtliches Minus von 6 % angeben. Ganz offenkundig ist diese Regierung nicht imstande, die Krise und ihre Auswirkungen auch nur einigermaßen richtig einzuschätzen.

Dementsprechend unzureichend und zum großen Teil kontraproduktiv ist das, was sie mit „Rettungsschirmen“ und „Konjunkturpaketen“ als Antikrisen-Strategie ausgibt. Der aktuelle Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Paul Krugman, urteilt: „Aus unerfindlichen Gründen scheinen deutsche Spitzenpolitiker das ungeheure Ausmaß der Krise oder die Notwendigkeit einer energischen Reaktion einfach nicht zu begreifen.“ (Paul Krugman 2009, S. 8) Die Berliner Regierung ist ein aktiver Betreiber der Krise, sie ist ein Teil des Problems. Sie erweist sich als unfähig, eine effektive Strategie gegen die Krise zu entwickeln. CDU/CSU und SPD haben jedes Vertrauen verspielt, die Große Koalition muss weg.

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

Für welchen Wandel steht Obama?

von: Autorenkollektiv, 15.12.2008

Als Obama sein Wirtschafts-Kompetenzteam vorstellte, wunderte man sich über diese Ansammlung von Investmentbankern, Börsenprofis und alten Clinton-Helfern einer rapiden neoliberalen Globalisierung. Nun hat der zukünftige US-Präsident sein Sicherheitsteam vorgestellt – ein Trupp von Falken, einige in enger Kooperation mit radikalen neokonservativen Gruppen und Instituten. Für welchen Wandel steht Obama eigentlich?

Sein „Team für die nationale Sicherheit“ stellte Barack Obama so vor: „Sie teilen meinen Pragmatismus zum Einsatz von Macht und meine Meinung über Amerikas Rolle als ein Führer in der Welt“. Das Sicherheitsteam verkörpert also Obamas Vision der zukünftigen Außen- und Sicherheitspolitik der USA.

Das lässt Schlimmes befürchten und entspricht so gar nicht den Erwartungen an eine Abkehr von Bushs außen- und sicherheitspolitischen Maximen. Dass Obama in Robert Gates den Verteidigungsminister Bushs in der selben Funktion in sein Kabinett beruft, ist mehr als ein Indiz dafür, dass Obama in der Substanz dem alten Kurs verhaftet bleibt. Der „starke Mann“ in der Riege der Sicherheitsberater, Außenministerin Hillary Clinton, steht für die selbe Richtung.

Clinton hat im Senat für den Irakkrieg und die stets neuen Anforderungen für die Ausweitung des Krieges gestimmt. Noch im Wahlkampf hat sie sich als stramme Kriegspatriotin gegenüber dem angeblich zu laschen Obama profiliert. Sie lag damit auf der Linie der Bush-Regierung einschließlich des alten und neuen

Verteidigungsministers, die im Stil des republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain Obamas Versprechen, die US-Truppen innerhalb von 16 Monaten aus dem Irak abzuziehen, als verantwortungslos und gefährlich brandmarkten.

Auf diese Widersprüche wurde Obama in der auf die Präsentation seines Teams folgenden Pressekonferenz kritisch angesprochen. Wie es denn nun sei mit der Ankündigung des Abzugs innerhalb von 16 Monaten, wurde er gefragt. Die harte Substanz in Obamas schlingender Antwort: Er habe dieses Versprechen abgegeben mit dem Verständnis, dass es wahrscheinlich notwendig sein werde, einen Teil der Streitkräfte länger im Land zu lassen, um die irakischen Truppen zu trainieren und logistische Unterstützung zum Schutz der US-Bürger im Irak zu gewährleisten. Im übrigen würde er auch bei der Frage des Zeitrahmens die Empfehlungen seiner Truppenführer berücksichtigen. Damit hat der neue US-Präsident seine Zusicherung eines schnellen Rückzug aus dem Irak erheblich relativiert. Sein wörtlicher Hinweis auf den „Schutz von US-Bürgern“ erinnert fatal an die Begründung früherer US-Regierungen für ihre regelmäßigen Invasionen in südamerikanische Länder. Stets war es dabei angeblich um den „Schutz von US-Bürgern und US-Eigentum“ gegangen. Dass sich Obama in diese imperialistische Ahnengalerie einreicht, ist für die US-Friedensbewegung, treibende Kraft für die Wahl Obamas, eine herbe Enttäuschung.

Schwenkt Obama in der Irak-Frage weitgehend auf die Linie der traditionellen Falken ein, so bekräftigt er beim Thema Afghanistan die von ihm schon länger vertretene Position eines noch größeren militärischen Einsatzes. Er will dort die militärischen „investments“ allgemein steigern und im Speziellen die Bodentruppen aufstocken. Die Hoffnungen der internationalen Friedenskräfte auf einen Partner im Weißen Haus werden also bei beiden „heißen“ Kriegen im Nahen Osten enttäuscht. Eine dritte Katastrophe könnte noch hinzukommen, nämlich eine gefährliche Zuspitzung des Konflikts mit dem Iran. Obama hat Susan Rice - er nannte sie bei der Vorstellung eine „seit langem enge und vertrauenswürdige Beraterin“ - zur US-Botschafterin bei den UN ernannt und sie in den Rang eines Kabinettsmitglieds erhoben. Wie andere Berater Obamas arbeitete Rice bis in die jüngste Zeit mit neokonservativen Think Tanks wie dem Washingtoner Institute for Near East Policy (WINEP) zusammen. Sie unterstützte auch die aktuelle WINEP-Studie, die zu einem koordinierten Vorgehen der USA und Israels gegen den Iran aufrief, einschließlich „einer präventiven Militäraktion“. Eine Krönung der Falken-Qualität seines Sicherheitsteams ist Obama schließlich mit der Berufung von James L. Jones zum Sicherheitsberater gelungen. Jones ist hochdekoriertes General der Marines, Spross einer Soldatenfamilie, die, wie der neue Präsident bewundernd sagte, seit Generationen heroisch auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges bis zu denen Vietnams gedient hat. James Jones war auch bei den jüngsten Kriegen der USA dabei, vom Kosovo über den Irak bis Afghanistan. Bis 2006 war er Oberbefehlshaber der Nato und also solcher verantwortlich für die ISAF-Kriegführung in Afghanistan.

Als besondere Qualität dieses eingefleischten Militärs hob Obama hervor, dass er „die Verbindung zwischen Energie und nationaler Sicherheit versteht“. Dies ist ein geradezu zynisches Kompliment. Jones ist nicht nur bislang Aufsichtsratsmitglied von Chevron, dem viertgrößten Öl-Multi der USA. Er ist auch Präsident des „US Chamber of Commerce Institute for 21st Century Energy“, des Energieinstituts der Handelskammer der USA. Als solcher hat er sich vehement für die Ausweitung der Öl-

und Gasquellenausbeutung auch in bisher geschützten Gebieten und gegen die ohnehin bescheidenen Vorschriften des Klimaschutzes in den USA gewandt. Regelungen von Bundesstaaten, die wie z.B. in Kalifornien weiter gehen als die Bundesgesetze, wurden von Jones` Organisation systematisch angegriffen.

„Energie“, sagt der mit dem „Silver Star“ ausgezeichnete Ex-General, „ ist ein vitaler Punkt der nationalen Sicherheit.“ Nun liegen die meisten Energiequellen nicht unter dem Boden der USA. Sondern, wie der scheidende Vizepräsident Cheney formulierte, es habe Gott gefallen, den Großteil des Öls, das die USA brauchten, unter der Erde anderer Länder zu deponieren. Deshalb müssten die USA dort nach dem Rechten sehen. Im Zweifel mit dem Einsatz von Waffen. Cheney war, bevor er seinen Posten bei Bush antrat, Chef von Halliburton, dem weltweit größten Zulieferer der Ölindustrie. Jones ist der Cheney von Obama.

Was ist denn nun anders als bei der Bush-Regierung? Hillary Clinton formulierte die neue Taktik: Wir müssen die Zukunft bilden mit mehr Partnern und weniger Gegnern. Die neue US-Politik wird den Dialog mit ihren Alliierten entwickeln, es wird nicht mehr bleiben bei der relativ engen „Koalition der Willigen“. Obama will alle im Westen ins Boot holen, um, wie er formuliert, „die amerikanischen Interessen und die Sicherheit Amerikas zu stärken“. Sein Appeal in der Weltöffentlichkeit als der Agent des Wandels und des Dialogs wird es nationalen Regierungen schwerer machen, sich abseits zu halten. Die Bundesrepublik wird mit Sicherheit konfrontiert mit der Forderung Obamas, mehr Truppen nach Afghanistan zu entsenden und diese auch im Süden einzusetzen. Mit einem Präsidenten Obama werden die Anforderungen an die Friedensbewegung keineswegs geringer, als sie zu Zeiten von Bush waren. Eher größer.

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

Krieg den Bank-Palästen - Friede den Häuschen

von: Fred Schmid, 29.09.2008

Nur die „Entfesselung der Marktwirtschaft“ könne den „neuen Wohlstand der Nation“ garantieren. So der Chefökonom der Deutschen Bank, Norbert Walter, in Anlehnung an den Urvater des Liberalismus, Adam Smith. Wenige Jahre später löst ein außer Rand und Band deregulierter Kapitalismus einen Finanz-Tsunami aus, der täglich 8.000 amerikanischen Familien Haus und Vermögen entreißt, Millionen in die Schuldenfalle schleudert, das globale Finanzsystem an den Rand des Abgrunds treibt und eine Weltwirtschaftskrise verursacht, deren Folgen noch nicht absehbar sind. Da ist dann auch der Herr und Meister oben genannten Zauberlehrlings mit seinem neoliberalen Latein am Ende. Deutschbank-Chef Ackermann gesteht angesichts des Desasters kleinlaut: „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes“. Der von den Neoliberalen so verteufelte Staat solls richten. Dieser müht sich in der Tat emsig. Die staatlichen Notenbanken fluten die Finanzmärkte mit Hunderten

Milliarden, damit das System nicht am Finanzinfarkt krepirt. Staatliche Milliarden-Steuerchecks sollen verhindern, dass die US-Wirtschaft in die Rezession abstürzt. Verstaatlichung der britischen Northern Rock, um einen Banken Run zu verhindern; 30 Milliarden Dollar Staatsgarantie damit die US-Bank JP Morgan, die Investmentbank Bear Sterns übernimmt und so ein Bankenkollaps größeren Ausmaßes vermieden wird. Mindestens zweihundert Milliarden Dollar Steuergelder kostet die Verstaatlichung der Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac zur Abwendung einer Implosion des US-Häusermarktes. Für 85 Milliarden Dollar verstaatlicht die US-Regierung den weltgrößten Versicherer AIG, damit dessen drohender Konkursfall keinen Dominoeffekt im gesamten Finanzsystem bewirkt.

Ein „Schwarzer Montag“ dann auch diese Woche in Europa. Mit 26,5 Milliarden Euro nimmt die Bundesregierung den Steuerzahler in Haftung, um mit Staatsgarantien den Immobilien-Finanzierer und -Spekulierer, den Dax-Konzern Hypo Real Estate zu retten und einen Crash des angeblich so „soliden deutschen Universalbankensystems“ (Steinbrück) zu vermeiden. Zig-Milliarden Steuergelder verschlingen die Hilfen für die Finanzkonzerne Bradford&Bingley (Großbritannien) und Fortis (Benelux-Länder), ... die Liste staatlicher Alimentationen wird endlos.

In den USA schnürt der Staat am gleichen Tag ein „Rettungspaket“ von 700 Milliarden Dollar für eine Art Blankoscheck für Auslösezahlungen zugunsten des maroden Finanzsystems. Mit den Staatsgeldern sollen den Banken ihre faulen Kredite abgekauft werden. Der Staat als Mülldeponie, auf der die Banken ihren Finanzschrott fast zum Neuwert entsorgen können. Alles in allem eine einzige staatskapitalistische Planwirtschaft zur Rettung der Markt- und Profitwirtschaft.

Und wofür das Ganze? Damit beim Gelingen der Rettungsaktion die Aktionäre und Investoren neue und noch größere Spekulationsräder drehen können. Der ausgebuffte Warren Buffett, reichster US-Bürger (52 Milliarden Dollar Vermögen) und einer der größten Spekulanten machte es bereits vor. Mit acht Milliarden Dollar stieg er bei der angeschlagenen und bislang größten Investmentbank Goldman Sachs ein, in Spekulation darauf, dass Finanzminister Paulsens das 700-Milliarden-Paket durch den Kongress bringt, wodurch bei einer Stabilisierung der Finanzmärkte der Börsenwert Goldman Sachs und anderer Finanzwerte wieder steigen könnte. „Ohne diese Annahme hätte ich das nicht gemacht“, gestand er freimütig.

„Neuer Wohlstand der Nation“? Gerettet wird mit dem „Rettungsplan“ vor allem der Reichtum der Wohlstandsbürger. Und die Zeche zahlen die Normalbürger mit neuen gigantischen Steuerlasten und steigender Inflation infolge der Geldspritzen der Notenbanken und Billionen schwerer Staatsanleihen zum Freikaufen der in Bedrängnis geratenen Finanzkonzerne. Der Clou neoliberaler Perversität! Die gigantischen Staatsanleihen zeichnen u.a. die Reichen und Banken und kassieren vom Steuerzahler auch noch die Zinsen. Die sanierten Patienten stellen dem Arzt in Rechnung, dass er ihnen das Leben gerettet hat. Das ist das neue Credo der Neoliberalen: Der Staat möge solange dem Casino des Kapitals fern bleiben, wie das Finanz-Roulette auf vollen Touren läuft. Anschließend hat er diejenigen auszulösen, die sich verzockt haben, damit eine neue Wett- und Spekulationsrunde eingeläutet werden kann.

„Zivilisiert den Kapitalismus“ (Zeit), „kapitale Läuterung“ (SZ), „mehr Staatsgewalt auf den Märkten“ (SZ) fordern jetzt Kommentatoren aufgeregt. Doch solange die um den Globus vagabundierenden Geldmassen der Reichen und Superreichen nicht abgeschöpft werden und solange sie von einem privaten Profit-Bankensystem renditeheischend gemanagt werden, ist die Bestie Finanzkapitalismus nicht zu zähmen. 40.700 Milliarden Dollar privates Geldvermögen befinden sich in den Händen von einem Promille der Erdbevölkerung - vor zehn Jahren waren es erst 19.000 Milliarden. Diese Milliarden gieren nach Verwertung und das privatkapitalistische Finanzsystem wird auch künftig Mittel und Wege finden, dass wild gezockt werden kann. Notfalls in einem mafiotischen Schattenbanken-System, wie es teilweise bereits besteht. Damit werden auch in Zukunft riesige Spekulationsblasen entstehen, die mit ebensolcher Regelmäßigkeit platzen und immer größere Verwüstungen anrichten. Als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet Buffett die modernen Spekulationsinstrumente, wie etwa die berühmten Credit Default Swaps (CDS). Deren hochexplosive Brisanz lässt sich nur durch eine „Entwaffnung der Märkte“ entschärfen. Im Klartext! Erforderlich ist eine rigorose Umverteilung von oben nach unten und letztlich eine Vergesellschaftung des Bankensystems, damit es demokratisch kontrolliert und gemeinnützig ausgerichtet werden kann. Das setzt allerdings eine Kriegserklärung der Politik an die jetzige Bankenwelt voraus.

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

Spekulationsverluste der BayernLB - die Zeche zahlt der Bürger

von: Fred Schmid, 15.06.2008

Geht es um die Überwachung der Bürger, ist die bayerische CSU-Regierung an geheimstaatlicher Akribie nicht zu übertreffen. Bei Kontrolle und Aufsichtspflicht gegenüber dem Kapital glänzt sie durch komplizenhafte Fahrlässigkeit. Er könne doch nicht klüger sein als all die Experten, erklärte CSU-Finanzminister und oberster Kontrolleur der staatlichen BayernLB zum Vorwurf, er habe die hochspekulativen Geschäfte der Bank mit Subprime-Hypotheken billigend in Kauf genommen. Da fragt man sich dann allerdings, wozu bedarf es eines sündteuren Kontrollgremiums wie den Verwaltungsrat der Bank, wenn dessen Mitglieder nur absegnen, was ihnen „Experten“ wie Investmentbanker, Analysten, Rating-Agenten und andere Börsengurus vorbeten. Zumindest die Kenntnisse eines Banklehrlings sollte man bei den Aufsichtsräten voraussetzen können, wenn sie schon für ihr Pöstchen 40.000 Euro im Jahr einschieben. Diesem wird nämlich im ersten Lehrjahr eingebläut, dass man keine schlecht besicherten Kredite begibt und keine ungedeckten Wechsel hereinnimmt. Genau das aber haben die Topmanager der staatlichen Bank getan, als sie im Sack, genauer: paketweise Subprime-Hypotheken (von Kunden mit geringer Kreditwürdigkeit) kauften, nur weil es (fast) alle Finanzinstitute taten. Und weil sie so schön mit weniger faulen Krediten verpackt, von ausgelagerten Zweckgesellschaften

der begebenden Hypothekenbanken verbrieft waren und von Rating-Gesellschaften hohe und höchste Qualitätssiegel erhalten hatten. Vor allem aber weil sich mit ihnen rund um den Finanz-Globus spekulieren ließ, sie zweistellige Renditen versprachen und anfangs auch brachten. Das Perpetuum Mobile einer Geldmaschine schien erfunden. Als dann die Immobilienhaushalte in den USA ins Stocken geriet, die ersten Hypothekenkredite notleidend wurden und schließlich ein „Tsunami von Zahlungsausfällen“ losflutete, riss dieser auch die Illusion der Bayern-Banker in die Tiefe, dass sich aus Schrott (-Krediten) Gold machen ließe. Nach und nach gestanden die forschen Topbanker kleinlaut ein, dass sie mit ihren Spekulationen der BayernLB einen Geld-Müllberg von insgesamt 24 Milliarden von Abwertungen bedrohter Wertpapiere aufgeladen hatten. Zur Veranschaulichung: Auf jeden Einwohner Bayerns entfallen theoretisch 2000 Euro hochriskanter Spekulationspapiere. 4,3 Milliarden Euro dieser faulen Kredite mussten bis Ende März bereits abgeschrieben werden, sie gelten als uneinbringlich. CSU-Bayern ist damit Spitze bei den Belastungen der Landesbanken, noch vor der WestLB und der SachsenLB (Belastungen der anderen Landesbanken, Stand Ende März: WestLB 2,0, SachsenLB 1,8, HSH Nordbank 1,5, LBBW 1,1, Landesbank Berlin 0,5, Helaba 0,25, Nord/LB 0,21 - zusammen mit BayernLB knapp 12 Mrd. Euro). Weltweit nimmt die BayernLB Rang 16 unter den Banken mit den meisten Kreditausfällen ein.

Doch es kann noch schlimmer kommen. Auf maximal sechs Milliarden Euro bezifferte die BayernLB ihre Risiken. Diesen Betrag will die CSU-Regierung nun „abschirmen“. Konkret bedeutet das: Die gesamten 24 Milliarden Euro Problemkredite werden in eine so genannte Zweckgesellschaft aus der Landesbank ausgegliedert und für die sechs Milliarden zu erwartender Ausfälle werden staatliche Garantien abgegeben: Für 1,2 Milliarden will die staatliche BayernLB selbst gerade stehen, die beiden Eigentümer, Freistaat und Sparkassen sollen für je 2,4 Milliarden bürgen. Am Ende zahlen also die Steuerzahler und Gemeindeglieder (Sparkassen) die Zeche für die verantwortungslosen Geschäfte des Staates. Und die Quittung bekommen nicht zuletzt die 19.000 Beschäftigten der BayernLB serviert, die mit (Lohn-)Kosteneinsparungen und Arbeitsplatzverlusten für die Kosten der Fehlspekulation bluten müssen.

Die Landtags-„Opposition“ versteift sich in ihrer Kritik im Landtag auf die Frage, ob Finanzminister Huber das Parlament belogen und wissentlich nicht rechtzeitig über die drohenden Verluste informiert habe. Die Missachtung demokratischer und parlamentarischer Institutionen ist bei den CSU-Granden notorisch und kommt erschwerend hinzu. Die Kritik trifft jedoch nicht den Kern der Sache. Hätte denn SPD-Maget die Finanzleichen wieder zum Leben erweckt, wenn sie Huber früher aus dem Keller der BayernLB geholt hätte? Der Kern des Problems ist, dass eine staatliche Bank mit dem zusätzlichen Pfeiler kommunale Sparkassen ein Gegengewicht zu den Finanz„Monstern“ und „Heuschrecken“ zu bilden hat und sich nicht am Raubzug der Finanzhaie beteiligen darf. Im Klartext: Eine Landesbank hat die Spargroschen der „Kleinen“ Leute und des Mittelstandes solide zu verwalten und daraus zinsgünstige Kredite für Handwerker, mittelständische Unternehmen und kommunale Infrastrukturaufgaben zur Verfügung zu stellen. Man stelle sich mal plastisch vor, was mit den sechs Milliarden, die jetzt wahrscheinlich über die Isar gehen, alles für bürgerfreundliche Projekte hätten realisiert werden können. Eine solch gemeinnützige Bankstrategie ist aber nur umsetzbar, wenn die staatliche Landesbank wirklich demokratisch kontrolliert und einer echten Mitbestimmung der Belegschaft

unterworfen ist. Mit einem Verwaltungsrat, zusammengesetzt aus Bankmanagern und Ministerialbürokratie – das halbe CSU-Kabinett saß 2007 in dem Gremium – lässt sich eine solche Orientierung nicht durchsetzen. Daran würde sich auch nichts ändern, wenn jetzt noch ein oder zwei Vertreter der Landtagsopposition in das Gremium einrücken, wie dies SPD und Grüne fordern. Der SPD-Finanzminister Steinbrück hat im Kontrollgremium der bundeseigenen KfW/IKB nicht weniger versagt, als sein Amtskollege Erwin Huber bei der BayernLB und ist mitverantwortlich, dass die IKB fast neun Milliarden in den Sand gesetzt hat. Beiden gemeinsam ist der blinde Glaube an die segensreichen Wirkungen von Deregulierung und freiem Walten des Marktes. Da ist der Top-Banker Ackermann (Deutsche Bank) schon weiter, der die „Selbsteilungskräfte des Marktes“ in Zweifel zieht und zur Bewältigung der Finanzkrise den Staat um Hilfe ruft. Konsequenterweise sollte man dann aber nicht nur die Mängel und Verluste des Finanzsystems sozialisieren, sondern gleich das gesamte Großbankensystem verstaatlichen und es unter demokratische Kontrolle der Bürger stellen.

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

Das Stromnetz muss unter demokratische Kontrolle!

von: Conrad Schuhler, 01.04.2008

Zu den Plänen von Eon, Stromnetze und KW-Kapazitäten abzugeben

Anfang März 2008 (nach Redaktionsschluss für diese Untersuchung) überraschte Eon die Öffentlichkeit und offensichtlich auch die Bundesregierung mit der Erklärung, der Konzern wolle sich von seinem 10.000 Kilometer langen Hochspannungsnetz trennen und auch von 4.800 Megawatt Erzeugungskapazitäten, einem Sechstel seiner gesamten deutschen Kraftwerksleistung. Eon-Chef Bernotat begründete den Kurswechsel – bislang galt die Einheit von Stromerzeugung und -übertragung als angeblich unabdingbar für den Energiestandort Deutschland – folgendermaßen: 1) Mit diesen Maßnahmen wolle Eon die Auseinandersetzung mit der EU-Kommission „konstruktiv beenden“. 2) Eon wolle alle seine Kräfte auf Sicherung und Ausbau seiner Position auf den europäischen Märkten richten. In diesen Zusammenhang steht die Aussage, dass die Kraftwerkskapazitäten nicht verkauft, sondern mit ausländischen Unternehmen getauscht werden sollen. Für alle weiteren Details – welche Kraftwerke getauscht werden sollen, wer die Tausch-Interessenten seien, wie die Netze künftig organisiert sein sollen – sei es noch zu früh. So vage die Andeutungen sind, so scheinen doch Konturen der Wahrheit durch. Die Auseinandersetzungen mit der Wettbewerbskommission der EU rühren daher, dass die EU-Fahnder eindeutige Belege sowohl für illegale Preis- und Strategieabsprachen der Energiekonzerne wie auch für künstliche Verknappung des Stromangebots und entsprechende Preistreiberei gefunden haben. Eon hatte mit Strafzahlungen in Milliardenhöhe, der ‚Spiegel‘ berichtet von bis zu 8 Milliarden, zu rechnen. So wie es aussieht, wird die Kommission dieses Kartellverfahren nicht weiter fortführen,

nachdem Eon sich von seinem Stromnetz trennen will. Und die deutschen Verbraucher werden nie erfahren, um welche Summen sie von den Energiekonzernen geprellt wurden. Das Wohlwollen der EU braucht Eon dringend, um seine weitere Expansion in Europa durchzuführen. Bernotat betonte, dass Eon sich als „Schrittmacher“ verstehe, um „Europas Energiezukunft zu sichern“. Von den 17 neuen Kohle- und Gas-Kraftwerksprojekten werden nur 5 in Deutschland gebaut. Als Partner für den Tausch der abzugebenden deutschen Kraftwerkskapazitäten sind u.a. Windkraftparks in Spanien und Atomkraftwerke in Finnland im Gespräch. Eon baut seine dominante Stellung in Europa aus, ohne dass der Konzern im Absatzgebiet Deutschland etwas einbüßt. Denn der Strom soll in Zukunft aus dem Ausland in die deutschen Netze eingespeist werden. Überhaupt sollen die Netze Strom aus den verschiedensten Energien - von den regenerativen bis zur Atomenergie - hin und her in Europa leiten können. Dies würde eine Um- und Aufrüstung der deutschen Netze mit einem Kostenumfang von zig-Milliarden Euro voraussetzen. Allein das Einspeisen der Nordsee-Windparks in den nächsten Jahren verursacht Kosten von 2 Milliarden Euro. Der Vorschlag von Bernotat, den er dem ‚Spiegel‘ gegenüber äußerte, eine Netz-AG zu gründen, wo der Staat, unter Einbeziehung privater Investoren, die Feder führt, hat offenbar den Hintergedanken, dass der Staat dann auch die Kosten übernimmt. Für die Modernisierungsphase der Netze würde die öffentliche Hand die Kosten übernehmen, danach kann man ja wieder privatisieren. Die richtige Antwort auf die Eon-Pläne hat Attac gegeben. Es kann nicht darum gehen, dass die Stromnetze an andere profitorientierte Unternehmen verkauft werden. Vielmehr müssen sie in öffentliches Eigentum überführt und unter unmittelbare demokratische Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger gestellt werden. Die künftigen öffentlichen Non-Profit-Unternehmen müssen sich sozialen und ökologischen Zielen verpflichten.

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

Höchste Profite, prallste Dividenden, fetteste Vorstandsbezüge aller Zeiten: fast 20 Prozent Profitzuwachs bei Dax-30-Konzernen

von: Fred Schmid, 15.04.2007

Mit der Vorlage ihres Geschäftsberichts Ende März, setzte die Metro AG einen mächtigen Schlussakkord zum diesjährigen Bilanzreigen der Dax-Konzerne. Der Gewinn nach Steuern bei einem der größten Handelskonzerne der Welt stieg um 83 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zweistellige Gewinnzuwächse waren die Norm bei den Bilanzshows der Superlative. Wie das isw jetzt berechnete, addieren sich die Gewinne der Dax-30-Konzerne auf 62,2 Milliarden Euro - ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 19,7 Prozent (siehe Grafik). Soviel Profit war noch nie. Es ist das vierte Jahr in Folge, in dem die Blue Chips der deutschen Wirtschaft zweistellige Profitzuwächse verzeichnen konnten. Mehr als die Hälfte der Dax-Konzerne erzielte jeweils den höchsten Gewinn ihrer Firmengeschichte. Allen voran der Allianz-

Versicherungsriese mit sieben Milliarden Euro Nettogewinn, ein Plus von 60 %. Dennoch oder gerade deswegen hält Allianz-Boss Diekmann an seinem Programm zur Vernichtung von weiteren 7.500 Arbeitsplätzen fest. Sein einziges Problem besteht in einem gewissen Erklärungsnotstand: „Der Zusammenhang zwischen Gewinn und Arbeitsplatzabbau ist nun noch stärker erklärungsbedürftig. Das wird noch viel Arbeit von uns erfordern“, meinte er.

Rendite rauf, Löhne runter, Leute raus!

Auch die Deutsche Bank realisierte ihre Gewinnsprünge der vergangenen Jahre dadurch, dass sie in den letzten fünf Jahren fast 30.000 Stellen strich. Die Eigenkapitalrendite beträgt jetzt sagenhafte 31% vor Steuern. DaimlerChrysler erhöhte den Gewinn um 14 % und vernichtete für diesen „Erfolg“ im vergangenen Geschäftsjahr weltweit 22.300 Arbeitsplätze, davon 14.500 in Deutschland. Auch VW strich Arbeitsplätze im Zehntausenderpack, 2006 fast 20.000, was den Gewinn um 145 % hochkatapultierte. Siemens realisierte seinen Gewinnzuwachs von 43 % vor allem dadurch, dass es ganze Unternehmensbereiche abspaltete. Arbeitsplätze bei den Großkonzernen werden bestenfalls noch im Ausland und - rein konzern-statistisch durch Zukäufe aufgebaut. Beispiel Bayer: Durch die Übernahme von Schering, weist der Bayer-Konzern nun zwar mehr Beschäftigte aus, davon sollen jedoch bis 2008 6.100 Stellen liquidiert werden. „Synergieeffekte“ nennt sich das.

Dass durch diesen massiven Stellenabbau in Verbindung mit Lohndrückerei und prekärer Beschäftigung die Kaufkraft im Inland ausgelaugt und die Binnenkonjunktur auf Dauer nicht an Kraft gewinnen wird, ist für die Transnationalen Konzerne kein Problem. Sie profitieren in erster Linie vom Exportboom, holen sich ihre Umsätze zunehmend im Auslandsgeschäft. Der Auslandsumsatz (Export + Umsatz der Auslandstöchter) der Dax-30-Konzerne lag im Jahr 2006 im Durchschnitt bei gut 70 %. Der Inlandsmarkt wird dadurch zu einer weitgehend vernachlässigbaren Größe, vor allem in Relation zu den direkt erzielbaren Gewinnen infolge Kostensenkungen. Denn trotz rigorosem Arbeitsplatzabbau gerade bei den Inlandsbelegschaften, ist bei den Dax-30-Konzernen noch knapp die Hälfte der Beschäftigten (47 %) in Deutschland tätig. Die Inlandsbelegschaft ist nach wie vor der größte Kostenblock, den es im Interesse weiterer Profitmaximierung zu reduzieren gilt. Das erklärt auch den anhaltenden Widerstand der Konzernfürsten gegen Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Goldregen für Aktionäre

Das Champagner-Geknalle ob der Rekordprofite ist begleitet von einem bisher einmaligen Dividendenfeuerwerk. Allein die Dax-30-Konzerne werden im Frühjahr für das abgelaufene Geschäftsjahr 27,3 Milliarden Euro an die Aktionäre ausschütten, eine Steigerung von fast 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Man stelle sich das Gezeter eben dieser Shareholder und der Finanzinvestoren vor, würden die Gewerkschaften nur eine zweistellige Lohnforderung erheben. Allein die 30 im Dax notierten Konzerne schütten damit für das Geschäftsjahr 2006 weit mehr an ihre Aktionäre aus, als alle 500.000 Kapitalgesellschaften (AGs und GmbHs) zusammen im gleichen Jahr an das Gemeinwesen an Körperschaftsteuer zahlten: das waren nur 22,9 Milliarden Euro. SPD-Finanzminister Steinbrück hält das anscheinend immer noch

hoch und die Profite der Konzerne für zu niedrig, denn mit seiner Unternehmensteuerreform will er den Kapitalgesellschaften ab 2008 pro Jahr um zehn Milliarden Euro und mehr an Gewinnsteuern „entlasten“ (ausführlich zur Unternehmensteuerreform siehe isw-wirtschaftsinfo 39, Bilanz 2006 - Ausblick 2007). „Steuerreform als Gewinntreiber“ titelte das Handelsblatt (10.1.07). Analysten kommen zu dem Ergebnis, dass die Steuerreform die Gewinne der Dax-Konzerne um drei bis sechs Prozent zusätzlich in die Höhe treiben wird. Für 2007, dem letzten Jahr vor der Steuersenkung, rechnen internationale Investmenthäuser und Finanzdatenspezialisten, wie z.B. JCF, mit einem Profitzuwachs von „nur“ elf Prozent.

Fette Happen für „fette Katzen“

Jetzt in der Tarifrunde predigen sie als Maßhalteapostel wieder Wasser. Sie selbst legen eine maßlose Gier und Selbstbereicherung an den Tag. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Bezüge der Vorstände um 15 bis zwanzig Prozent gestiegen, wie der Unternehmensberater Heinz Evers, ehemaliger Geschäftsführer der Personalberatung Kienbaum, für das Handelsblatt berechnete. Spitzenverdiener unter den Top-Managern ist wiederum Deutschbank-Chef Ackermann mit 13,2 Millionen Euro im Jahr zuzüglich einem 380.000 Euro-Beitrag zur Altersvorsorge. Kleineres wie Aktienoptionen, Dienstwagen und Spesen kommen noch dazu. Der Bank-Boss verdient an jedem Tag 37.200 Euro, 5000 mehr als das durchschnittliche Jahresgehalt eines Bankangestellten ausmacht (32.500 Euro). Seine Jahresbezüge sind ziemlich exakt 500mal so hoch wie die eines Durchschnittsverdieners (26.700 Euro pro Jahr). Nach der Untersuchung von Evers haben die Vorstandsbesse der 30 DaxKonzerne ihre Vergütungen in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht, auf durchschnittlich fünf Millionen Euro pro Jahr. Die „Fat Cats“, wie die Vorstände in den angelsächsischen Ländern auch genannt werden, begründen ihre Selbstbereicherung damit, dass sie im Vergleich zu ihren US-amerikanischen Kollegen arme Schlucker seien, einen erheblichen Nachholbedarf hätten. Porsche Betriebsrat Hück kommentierte das so: „Die Globalisierung hat eins gebracht: dass die Arbeitgeber sich nach den Gehältern der Amerikaner richten und die Arbeitnehmer sich nach denen der Chinesen“. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts, betrug der durchschnittliche Monatsverdienst je Arbeitnehmer im Jahr 2006 2226 Euro, 10,5 % mehr als zehn Jahre davor; netto waren das 1453 Euro (2006) im Vergleich zu 1351 Euro (1996): + 11,4 %. Zieht man davon die Verteuerung der Lebenshaltung in diesen zehn Jahren (gut 15 %) ab, dann ergibt sich ein Reallohn-, also Kaufkraftverlust von fast vier Prozent. Es ist an der Zeit, dass Arbeiter und Angestellte ihren Nachholbedarf zur Geltung bringen. (zur Gewinnentwicklung 2006 siehe auch iswwirtschaftsinfo 39, Bilanz 2006 - Ausblick 2007, S. 18ff).

Posted in [Kommentare](#) | [No Comments](#) »

